Stimme der Freiheit

Mitteilungen für Mitglieder und Freunde der
Freien Bürger Union

Nr. 1/13 Februar 2013 14. Jahrgang

Politischer Aschermittwoch am 13. Februar 13

Wie jedes Jahr laden wir Sie, Ihre Familie und Ihre Freunde ganz herzlich zum *Politischen Aschermittwoch* ins Bergmannsheim nach St. Ingbert ein: Neue Bahnhofstr. 15, Beginn um 19 Uhr (Tel. 06894-966578). Falls Sie an dem ansonsten kostenlosen *Heringsessen* teilnehmen möchten, dann überweisen Sie bitte eine *Anmeldegebühr (zur Ermittlung der Portionen) von einem Euro* auf das Konto 29012655, Sparkasse Saarbrücken, BLZ 5905010 und geben Sie unter „Verwendungszweck" bitte Ihren Namen an. Oder noch besser: Sie addieren Ihren Beitrag für 2013 (mind. 12 €) gleich hinzu und haben das dann auch gleich mit erledigt. Sie können die Anmeldegebühr auch bar an den Landesvorsitzenden Reinhold Rupp oder an unseren Harry (Organisationsleiter) auf einem unserer Treffen bzw. Bürgerstammtische entrichten. HK

Geld, Geld, Geld… Milliarden für die GEZ, die „Gestapo light"

Die Steuerquellen sprudeln wie noch nie. Doch alles Geld reicht nicht. Die teuersten öffentlichen Medienanstalten der Welt, - ARD, ZDF und die Länderanstalten - , ersticken in Milliarden. Doch sie fordern noch mehr Geld. Seit Jahresanfang müssen alle Bürger Zwangsgebühren zahlen, eingetrieben vom „Beitragsservice" der GEZ, einem gigantischen privaten Melderegister über unzählige Bürgerdaten, eine „Gestapo light" (Henryk M. Broder). 8,6 Milliarden Euro werden jährlich ab 2013 eingetrieben für 26.000 „Rundfunkbeamte". 8,6 Mrd. Euro, weil es im Gegensatz zu den privaten Sendern *keine* Finanzkontrolle gibt… 8,6 Mrd. Euro für den deutschen Staatspropagandafunk, für politisch korrekte und selektierte „Nachrichten", für Desinformation, Meinungsmanipulation und für ein beängstigendes Volks-Verblödungs-Programm. Zahlen müssen auch die Mitbürger, die weder Rundfunk und Fernsehen noch einen Computer besitzen, aber ein Gerät benutzen *könnten…*! Gerüchten zufolge werden dieser ohne Zweifel erfolgreichen Zwangsgebühr weitere folgen. Z. B. dürften dann autolose Stubenhocker Kraftfahrzeugsteuer bezahlen, schließlich *könnten* sie ja ein Auto…, oder *alle* Männer zahlen für alle unehelichen Kinder, schließlich *könnten* sie ja auch…
Weitere Ideen für Zwangsabgaben nimmt unser rot-grünes-CDU-Parlament für die nach der nächsten Bundestagswahl geplante kommunistische Zwangsbewirtschaftung gerne entgegen.

Gold, Gold, Gold…

Bis 1971 galt in der Bundesrepublik der Goldstandard. Das heißt, die D-Mark war fest ans Gold gebunden und somit dem Zugriff und der Manipulation des Staates entzogen.
Das deutsche Gold, schwer über Generationen erarbeitet, lagert nur zu 31 % in Frankfurt. In New York lagern 45 %, in London 13 % und in Paris 11 %, obwohl es bei einer Krise (wie sie sich abzeichnet) vor Ort gebraucht würde. Erst hieß es, es muß wegen den bösen russischen Panzern im Ausland lagern, jetzt heißt es, daß man es im Ausland schneller gegen Devisen eintauschen könne. Was für ein Merkel-Märchen! Wie eigentlich sollen wir in Frankreich lagerndes Gold in Devisen eintauschen, haben die etwa noch den Franc als Währung? Mein Gott, müssen Amerikaner und Engländer blöd sein, horten die ihr eigenes Gold doch daheim, statt es wie die „schlauen" Deutschen im Ausland zu stapeln.
Zumal allein die Bank von England jährlich 500.000 Euro an Aufbewahrungsgebühren verlangt, obwohl dort nur 13 % des deutschen Goldes lagern. Statt ständig Fremdgebühren für die Aufbewahrung des deutschen Goldes zu bezahlen, würde die Bundesbank besser im eigenen Land für die Einlagerung des Goldes sorgen und die Gebühren im Lande belassen!
Die FBU fordert, das deutsche Gold unverzüglich heim zu holen!
Heimzuholen, bevor es wieder gestohlen wird wie schon 1976. Damals wurden die vertriebenen und entrechteten Einwohner der deutschen und Freien Stadt Danzig ein weiteres Mal enteignet, indem die Amerikaner und Briten das volkseigene Stadt-Gold der Vertriebenen an Polen zur Unterstützung der kommunistischen Diktatur gaben, statt es den bestohlenen Danzigern zurückzugeben. Seit Jahren verwehrt man den Deutschen die Überprüfung, ob ihr bei den Amis deponiertes Gold noch vorhanden ist. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt… Apropos Danzig:

Eurorettung ist Insolvenzverschleppung

„Konkursverschleppung ist Betrug“ titulierte die PAZ, die Preußische Allgemeine Zeitung am 11.02.2012 und brachte ein Interview mit dem in Danzig geborenen Wirtschaftswissenschaftler Prof. Wilhelm Hankel, der unter anderem ausführte: „…Verantwortungsvolle Generäle beenden den Krieg, den sie längst verloren haben. Jeder Tag länger bringt unverantwortliche Verluste. Das gilt auch für die Euro-„Rettung“. Sie ist in Wahrheit eine Konkursverschleppung überschuldeter Staaten und deren Geldgeber. Ein Geschäftsmann, der so etwas macht, gilt als Betrüger und wird bestraft… Frau Merkel lügt sich und ihrem Volk etwas vor, wenn sie meint, der Euro *rette Europa*. Das Gegenteil ist wahr: Er zerstört es und verwandelt den Süden des Kontinents in eine unregierbare Elendszone… Je früher das gescheiterte Währungsexperiment beendet und in eine stabile Dauerlösung überführt wird, desto billiger wird es für Europas Staaten… Es geht um Wechselkurs-, nicht Währungsunionen… wie das Europäische Währungssystem (EWS) mit dem Ecu als Recheneinheit, aber nicht als das nationale Geld verdrängendes Umlaufgeld. Dahin muß die Währungsunion zurückentwickelt werden und als zweiter Ecu kann dann der Euro dienen. In diesem neuen alten EWS könnte Europa seinen monetären Frieden wieder finden und trotzdem sein wirtschaftliches und politisches Profil in einer globalisierten Weltwirtschaft schärfen.“

Hellseherisch verfasste der britische Journalist Frederick Forsyth 1997 einen im Spiegel abgedruckten Appell an Helmut Kohl: „Dieser Wahnsinn muß ein Ende haben.“ Belgien, Frankreich, Spanien und Italien fälschten ihre Bücher, „auf eine Weise, die bei Privatleuten sofort das Betrugsdezernat auf den Plan rufen würde… Die Deutschen werden ihr schwer verdientes Geld nach Europa tragen, bis ihnen nichts mehr bleibt, womit sie zahlen könnten.“

Vom Bürger und seinen Rechten bleibt nur noch der Bürge(r) mit seinen Pflichten.

Dazu der *Ifo-Chef Hans-Werner Sinn*: „Die junge Generation wird auf dem Altar des Euro geopfert. Das ist das Rezept, um Länder an den Rand des Bürgerkriegs zu bringen. Die Sache ist total schief gegangen.“

Die FBU rät dem deutschen Parlaverment: Wenn im europäischen Harem nur noch Zickenkrieg herrscht, dann sollte man ihn verkleinern! PR

Euro-Wahn macht Deutsche arm

Das gepriesene Modell „Wachstum durch Schulden“ hat weltweit kläglich versagt – auch in Deutschland. In den 50er Jahren brauchten die Deutschen nur 10 Prozent ihres Einkommens für die Bezahlung von Privat-, Firmen- und Staatsschulden aufzuwenden, in den 70ern waren es schon 20 und heute sind es 40 Prozent des Einkommens. Immer mehr Geld für Schuldzinsen aufzubringen, bremst Wachstum und Wohlstand aus und führt zwangsläufig in die Pleite.

Die Pleiterepubliken Portugal und Spanien sind aus diesem Grund schon jetzt nicht mehr zu retten. Im Frühjahr 2012 waren Portugals Privathaushalte mit 249 % der jährlichen Wirtschaftsleistung ihres Landes verschuldet und Spaniens Privathaushalte mit 227 % (Deutschland: *derzeit noch* 63 %). Dies bei einer extremen Arbeitslosigkeit von über 25 % in Spanien! Nach Berechnungen des Brüsseler „Centre for European Policy Studies“ drohen Spanien nach dem Stand vom Juni 2012 insgesamt ein Ausfall von über 270 Milliarden Euro allein an Kreditausfällen.

Darüber hinaus braucht Spanien bis Mitte 2015 für die Umschuldung bestehender Schulden weitere 300 Milliarden Euro. Davon werden allein in 2013 über 200 Milliarden Euro benötigt.

Portugal und Spanien können dem Euro den Todesstoß noch vor Italien versetzen. Und auch Frankreich steht neben Polen schon in der Warteschleife des Bankrotts. Seit 1998 sind die Immobilienpreise in Frankreich um 160 Prozent angezogen. Wie in den USA hat sich auch in Frankreich eine gigantische Immobilienblase herausgebildet, die nicht nur um Frankreichs Zukunft fürchten läßt. Aber blind für alle Daten und Fakten beharrt unsere Regierung darauf, unsere Nachbarn in ihren Untergang zu begleiten.

Euro-Wahn macht auch Slowaken arm: Richard Sulik, Vorsitzender der slowakischen Nationalliberalen, im Preßburger Parlament: „Es ist zum Weinen: Wir sind das ärmste Land in der Euro-Zone, haben bescheiden, aber recht ordentlich gewirtschaftet, und jetzt müssen wir spanische Banken und griechische Beamte retten, die einen wesentlich höheren Lebensstandard haben.“

Die Deutschen hält er wohl zu Recht für Schwachsinnige, denn, so meint er, es sei doch ziemlich schwachsinnig, das Deutschland seinen Export durch Geldüberweisungen an die Importeure selbst finanziere. Stattdessen könnte Deutschland seine Autos doch gleich an die Deutschen verschenken! - Liebe Freunde, da hat der gute Mann doch Recht, oder? PR

Das deutsche Volksvermögen wird verdampft oder „Eine endliche Geschichte“

Deutschland hat zu viel Europa gewagt – und verloren! In der *Stimme der Freiheit 3/2012* legten wir dar, daß die Inflationsrate doppelt so hoch ausfällt, wie offiziell angegeben. Damit folgt die Regierung dem Ratschlag von Jean Claude Juncker, dem Chef der Euro-Gruppe. Er empfahl: „Nichts sollte in der Öffentlichkeit geschehen. Wir sollten in der Euro-Gruppe im Geheimen diskutieren. Die Dinge müssen geheim und im Dunkeln getan werden. Wenn es ernst wird, müssen wir lügen.“ Seitdem wird gelogen. Wie z. B. über die wahre Höhe der deutschen Staatsverschuldung. Sie liegt (laut der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin) aufgrund fehlender Rückstellungen mit 5.700 Milliarden Euro über dem Doppelten der von offizieller Seite angegebenen 2.100 Milliarden Euro und laut dem früheren Thyssen-Chef Dieter Spethmann gar bei 10.000 Milliarden Euro. Und da wundern Sie sich über die „bösen“ Ratingagenturen? Vielleicht wissen die ja auch, daß EU und deutsche Regierung alle belügen…

Lutz Goebel, der Präsident des Verbandes *Die Familienunternehmer* fand klare Worte (im *Handelsblatt* vom 24. Okt. 2012): „Kritik an EZB-Maßnahmen wird häufig mit Verweis auf deren Unabhängigkeit gekontert. Aber: Es gibt keine Unabhängigkeit zum Rechtsbruch. Und wenn sich die EZB auf das Feld der Staatsfinanzierung begibt, verläßt sie ihre Rechtsgrundlage und erfüllt im vorauseilenden Gehorsam politische Wünsche der Regierungen, bekanntlich vorzugsweise der Hauptschuldnerländer … Die EZB hat bereits für 220 Milliarden Euro Staatsanleihen gekauft und damit die Situation der Hauptschuldnerländer kein Stück verbessert … Die EZB … erhöht massiv das Risiko einer Geldentwertung. Die Inflation setzt bereits ein. Sparer und Rentner verlieren an Kaufkraft. Das zeigt sich an den Realverlusten von Tagesgeld- und Sparkonten sowie Lebensversicherungsanlagen durch die Preissteigerung.“

Auch hierzulande rufen Wahnsinnige zum finanziellen Suizid auf. Der DGB will Zwangsanleihen und Zwangsabgaben einführen, um die letzten Reserven des Mittelstandes zu plündern. Die Reichen in den Krisenländern üben nun den Schulterschluß mit dem DGB. Sie stehen bereit, um auch dieses Geld abzugreifen, bis jede wirtschaftliche Existenz von Deutschen endgültig vernichtet ist. PR

Geisterfahrt in den Schuldenstaat oder: Bald „Aus die Maus!“

Auch, daß sich der Wohlstand durch eine schwache Währung steigern läßt, ist letztlich dummes Geschwätz der DM-Angstmacher, die an den Euro-Töpfen sitzen, um sich den eigenen Wanst auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung vollzuschlagen. Nach ihrer Diktion hätte einst Italien mit seiner schwachen Lira die exportstärkste Nation der Welt sein müssen.

Das Gegenteil war der Fall! Und deshalb „müssen wir von der Währungsunion zur Wechselunion zurückkehren“ (Prof. Hankel), denn „die Fortsetzung dieses Schindluders bringt uns alle in Gefahr.“

Und der Schindluder wird fortgesetzt. Deutschland, mit einem Anteil von 27 Prozent größter Kapitalgeber der EZB, hat das gleiche Stimmgewicht wie Zypern, Malta oder Estland. Aber selbst bei Stimmgewichtung nach der Schwere des Kapitalanteils wäre Deutschland kaltgestellt und könnte von den Problemländern wie bisher jederzeit überstimmt werden. Deshalb fordert die FBU für Deutschland als dem europäischen Familienvater ein *Veto-Recht* bei der EZB über die Entscheidungen der finanzunmündigen südeuropäischen Kinder.

Thomas Meyer, bis 31. Mai 2012 Chefvolkswirt der Deutschen Bank, im *Wall Street Journal* vom 2. Mai zu einem Europa ohne Euro: „Ich halte nichts von dem Merkelschen Satz: Scheitert der Euro, scheitert Europa. Sie sollte diesen Satz zurücknehmen. Es gibt Europa auch ohne Euro. Die Briten oder Schweden: Sind sie weniger europäisch, weil sie den Euro nicht haben? … In Europa hat es in den vergangenen Jahrhunderten schon so viele Währungen gegeben – warum sollte der Euro die letzte Währung sein?“ Vielmehr ist „die Auflösung der Währungsunion … der einzige Weg zur Rettung der Einheit Europas, der Würde seiner großen und vor allem seiner kleinen Völker, des Friedens zwischen diesen Völkern, der Demokratie und der Zukunft für unsere Kinder und Enkel“ (Leserbrief von Dr. Botho Goldmann in der F.A.Z. vom 21.02.2012).

Der ESM (das Ermächtigungsgesetz zur europäischen Schuldenmacherei) ist die „gemeinsame“ Aufsicht Europas über die Deutschen zum Zwecke ihrer Ausbeutung.

Im Juli 2012 lag die deutsche Haftungssumme bei rund 340 Milliarden Euro. Letztlich wird die gesamte EUdSSR (die Europäische Union der Südländischen Schuldenrepubliken) mit seinem EU-Verteilkommunismus und seinen EU-Kommissaren genauso im Konkurs enden wie seinerzeit der Sowjetkommunismus mit seinen Planwirtschafts-Kommissaren. Europa driftet auseinander, weil die Völker sich nicht per Zwang gleich machen lassen wollen.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen und aus den Steuern von morgen erwachsen zuerst die Altersarmut und dann die Armut unserer Kinder…! PR

Zahlmeister & Prügelknabe

Die Schulden der maroden Banken der Krisenländer beliefen sich im August 2012 auf 9.200 Milliarden Euro! Doch nach dem ESM-Vertragswerk sollen nicht die Gläubiger und die Eigentümer die Verluste aus der verantwortungslosen Zockerei der Banken tragen, sondern die Bürger Europas, insbesondere die Deutschen. Dabei sind die Deutschen mit neun Milliarden Nettozahlung jährlich ohnehin schon die Zahlmeister Europas. Und bürgen nun über jedes erträgliche Maß hinaus: So waren die Forderungen der Deutschen Bundesbank an andere Euro-Zentralbanken bis Ende August 2012 auf 751 Milliarden(!) Euro angewachsen („Target"-Überziehungskredite zu lächerlichen 0,75 % Zinsen). Und für diese Forderungen haftet der *deutsche Bürger* wiederum mit 27 % gegenüber der EZB. Ein Fass ohne Boden! Verrückt? Ja!
Und die Forderungen Deutschlands wachsen ständig weiter, weil für die von Deutschland erhaltenen Waren und Dienstleistungen bei der Bundesbank (wie in manch einer Kneipe) nur mehr „angeschrieben" wird, statt zu bezahlen! …Und bald macht nicht nur die Kneipe pleite!
Allein durch diese Forderungen ist die vom Bundesverfassungsgericht festgelegte Haftungshöchstgrenze von 190 Milliarden Euro zusammen mit dem ESM-Schirm schon ums Doppelte überschritten. Doch darüber hinaus haftet Deutschland noch für den EFSF-Rettungsschirm (der in 2013 vom ESM-Schirm abgelöst wird) mit 211 Milliarden Euro und mit weiteren 66 Milliarden an den bisherigen Griechenland-Hilfen. Doch das alles ficht unsere Regierung nicht an. Besser hätte das Verfassungsgericht ein klares Nein(!) ausgesprochen nach dem alten Sprichwort: **Ein Nein zur rechten Zeit erspart viel Widerwärtigkeit.** Ohnehin hätte die Entscheidung zum ESM-Vertrag ein „Nein" sein müssen, hatte doch das Bundesverfassungsgericht bereits zum Lissabon-Vertrag entschieden, daß Übertragungsakte von Rechten sachlich begrenzt und widerruflich sein müssen. Der ESM-Schirm ist weder widerruflich noch in seiner Anwendung sachlich begrenzt. Ein Horror!
Doch das Schlimmste kommt noch, reicht doch alles Geld nicht hin! In einem Referentenentwurf wurde der Wirtschaftskommissar der EU darüber unterrichtet, daß noch weitere vier- bis fünftausend Milliarden Euro für die Stabilisierung des Euro (sprich der Großbanken) nötig seien. Frankreich und Italien fordern „unbegrenzte Feuerkraft" für den ESM-Schirm, der **E**ndlosen **S**chulden-**M**acherei. Folge unbegrenzter Geldversorgung durch Gelddruckerei war noch immer Inflation und Entwertung auch der Renten- und Lebensversicherungen.
Der Ex-Präsident der europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, erhielt im Sommer 2011 wie schon so viele Feinde Deutschlands (z. B. die Massenmörder Tito und Churchill) den Karlspreis verliehen. Seine Worte: „Wir haben den Deutschen versprochen: Der Euro wird so hart wie die Mark. Und so hart wie die Mark ist er geworden." Sicher meinte dieser Schwätzer die Mark der Weimarer Republik. Die Reichsmark war so „hart", daß man 1923 für größere Einkäufe eine Schubkarre benötigte, um das fast wertlose Geld zu transportieren.
Und wieder müssen wir hilflos zusehen, diesmal wie die Europäische Zentralbank unverhohlen die Staatsschulden mit der Notenpresse finanziert! Der Euro wird in diesem gigantischen wie kriminellen Schneeballsystem vergehen wie ein faulender Schwamm, in Milliarden und Abermilliarden zerfließend. Schon in Goethes „Faust II" rät Mephisto dem in Geldnot geratenen Kaiser zu verkünden: „Zu wissen sei es jedem, der's begehrt: Der Zettel hier ist tausend Kronen wert." Ein Rat des Teufels, denn „Papiergeld kehrt früher oder später zu seinem inneren Wert zurück: Null!" (Voltaire, Frk.) – vor allem bei verantwortungsloser Wirtschaft. Liebe Freunde:
Gestern jubelte Deutschland. Denn über den Dächern Deutschlands erstrahlte der Euro.
Heute: Deutschland feiert Merkel & Kompagnons. Morgen: Über den Dächern Deutschlands hat sich alles aufgeklärt – zu einem kalten Wolkenbruch. Die Sonne scheint in Strömen! Die Republik geht baden, der Bürger ersäuft in Schulden! Übermorgen: Das Staatschiff ist gesunken. Die Regierung wird ertrunken!

In seinem politischen Testament von 1768 schrieb der alte Preuße Friedrich der Große: „Wer ein Einkommen von 100 Talern hat, soll nur 2 Taler zahlen, während der, der 1.000 Taler hat, ohne Mühe 100 Taler entrichten kann." Es sei recht und billig, daß jeder Privatmann zu den Staatskosten beitrage, **aber er solle nicht sein „halbes Einkommen" mit dem Staat teilen, sondern den Hauptteil seiner Einkünfte „selbst genießen".**
Der große Staatsmann hatte Recht. Aber auch Schäuble ist nicht so ohne… Wir haben ihn versteckt hinter seinem Rollstuhl belauscht. Er will die Steuererklärung drastisch vereinfachen. Es wird künftig ein Fragebogen mit lediglich zwei Punkten zugesandt:

1. Wie hoch war im Vorjahr Ihr Einkommen?
2. Überweisen Sie diesen Betrag!

Denn merke: Das deutsche Wort Bürger bedeutet, dass die deutschen Bürger für das bürgen, was eine verantwortungslose deutsche Regierung in aller Welt verbraten hat.

Apropos verantwortungslos: Friedrich der Große über die deutsche Staatsidee, wie es zu handeln und zu denken auch unseren Politikern anstünde: „Dies sind im Allgemeinen die Pflichten, die ein Fürst zu erfüllen hat. Damit er niemals von ihnen abirre, muß er sich oft ins Gedächtnis zurückrufen, daß er ein Mensch ist wie der geringste seiner Untertanen. Er ist nur der erste Diener des Staates, ist verpflichtet, mit Redlichkeit und vollkommener Uneigennützigkeit zu handeln, als sollte er jeden Augenblick seinen Mitbürgern Rechenschaft über seine Verwaltung ablegen. Er macht sich schuldig, wenn er das Geld des Volkes, den Ertrag der Steuern in Luxus, Festgepränge oder Ausschweifungen vergeudet, er, dem es obliegt, über die guten Sitten, die Hüterinnen der Gesetze, zu wachen und die Volkserziehung zu vervollkommnen, nicht aber sie durch schlechte Beispiele noch zu verderben."
Ein schlechtes Beispiel: Aus vorwiegend deutschen Steuergeldern wurden für EU-Kommission und den Europäischen Rat 42.798 Flaschen Wein und Champagner sowie fast 2.000 Flaschen Hochprozentiges angeschafft. Da fragt man sich doch, ob man es hier nicht mit unvorstellbarer Korruption und Vetternwirtschaft zu tun hat. Alles andere würde bedeuten, daß Europa von einer Bande von Säufern regiert wird, die sich dann (hoffentlich) bald tot gesoffen haben.
Regierungen kommen und Regierungen gehen. Brüssel kam und auch Brüssel wird gehen. PR

Aus der Arbeit der FBU – LV Saar: Zwischen dem 1. April und dem 31.05. wird der Jahresbeitrag (Mindestbeitrag 12 €) abgebucht. Bitte lassen Sie für die Beitragszahlung ausreichend Geld auf Ihrem Konto stehen. Oder Sie überweisen den Betrag vorab. Wer seinen Beitrag nicht mittels Lastschrifteinzug bezahlt, den bitten wir, den Beitrag bis zum 31. März auf das Konto 29012655 der FBU bei der Sparkasse Saarbrücken, BLZ 59050101, zu überweisen.

Termine, hier unsere Bürger-Treffen (für Mitglieder, Freunde und Gäste)
- Politischer Aschermittwoch im Bergmannsheim in St. Ingbert: Neue Bahnhofstr. 15, Beginn um 19 Uhr (Tel. 06894-966578). Teilnahme am Heringsessen durch Vorabzahlung von 1 Euro.
Bitte vormerken: **Autokorso am 1. Mai**. Treffpunkt zum Schmücken der Fahrzeuge: Hermann-Neuberger-Halle in Völklingen um 10 Uhr, Tel. 0171-7461271. **Bitte kommt alle**!
- Kreisverband Saarlouis: **jeder 1. Montag im Monat** außer feiertags, 19 Uhr im Café Stormwind (Tel. 06831-5121), Saarlouiser Str. 4 in Ensdorf mit Herrn R. Rupp, Tel. 06831-3554.
- Kreisverband Völklingen: der **1. Mittwoch im Monat** außer feiertags, 19.30 Uhr **im Trimm Treff** (Tel. 06806-920803) beim Hallenbad Püttlingen, Kontakt: E. Kirsch, Tel. 0177-2153613.

- Lassen Sie sich von Schäuble und Co. nicht länger narren, denn: *Besser geht immer – FBU* ---

BILDUNG – Ende des 19. Jahrhunderts war Deutschland das führende Land auf allen Gebieten der Wissenschaft, der Forschung und Technik. Wir sind stolz auf den unermesslichen Beitrag, den unsere Vorväter für die zivilisierte Welt geleistet haben: für die Wissenschaft, die Mathematik, die Literatur, das Theater, die Malerei, die Musik, die Philosophie und die übrigen Geisteswissenschaften. Deshalb muß Schule Verschiedenheit und Individualität fördern, statt die Menschen durch vorgeschobene Chancengleichheit zu entmündigen. Nichts ist so ungerecht und schädlich, wie die gleiche Behandlung Ungleicher.
Es muß Schluß sein mit den seit Jahrzehnten erfolglos angewandten und verstaubten sozialistischen Bildungsexperimenten. Bewährtes zu erhalten und auszubauen, das sollte unsere Devise sein.
Das dreigliedrige Schulsystem ist unbedingt zu erhalten, ebenso der zweite Bildungsweg und die duale Berufsausbildung. Die Kinder sollten nicht vor dem Fernseher „abgestellt" werden, sondern Zugang zu Büchern haben und es sollte eine Mutter im Hause sein.
Denn Ganztagsschule und Ganztagsbetreuung bedeuten nur Schule. Und nur Schule bedeutet eine drastische Verarmung der Entwicklungschancen der Kinder. Sie schränken das Spektrum kindlicher Erfahrungen ein. Es fehlt das soziale Umfeld, ob kirchliche Jugendgruppe, Sportverein, freiwillige Feuerwehr, soziale Dienste, der örtliche Schach- oder Musikverein, der Fußball- oder Turnverein, …
Weil für die Sicherung unseres Wohlstandes und für die Zukunft der Welt nichts wichtiger ist als eine gute Bildung künftiger Generationen, fordern wir die Anerkennung der deutschen Mutterschaft als Beruf.
Wir fordern die Beibehaltung unseres bewährten dreigliedrigen Schulsystems. Gesamtschulen lassen keinen Mehrwert erkennen, kosten den Steuerzahler aber zwischen 25 und 30 Prozent mehr als die klassischen Schulen.
Ferner fordern wir, endlich auch ausländische Studenten in dem Maße zur Kasse zu bitten, wie deutsche Studenten im Ausland für ihr Studium bezahlen müssen!

Auch die fragwürdige ständige Erhöhung von Abiturienten führt noch lange nicht zu einer Steigerung des Wohlstandes. Vielmehr ist die Jugendarbeitslosigkeit dort am geringsten und sind die Wirtschaftsdaten in jenen Regionen die besten, in denen es die wenigsten Gymnasiasten gibt.
Kleiner Spaß mit ernstem Hintergrund: Gerald Crabtree, Entwicklungsbiologe an der Uni Stanford in Kalifornien, behauptet, daß die Menschen durch den zivilisatorischen Fortschritt nicht etwa klüger geworden sind, sondern immer dümmer. Früher, in der Wildnis, hätten nur die Klügsten überlebt, heute kämen auch Dümmere nicht zu Tode, was einen evolutionären Verdummungsprozeß in Gang gesetzt habe. (PAZ vom 24.11.12)
Frage an die Redaktion: „Wer hat die Schule erfunden? Ein Politiker oder ein Wissenschaftler?“
Antwort: „Ein Politiker natürlich. Ein Wissenschaftler hätte sie zuerst an Ratten ausprobiert!“

Nicht nur Sozialbetrüger und illegale Einwanderer gefährden im **kinderärmsten Land Europas** unsere Renten, sondern auch der kollektive Selbstmord durch verhinderte Schwangerschaften und abgetriebene Kinder. Kinder sind das Wertvollste einer Gesellschaft. Deshalb muß die auf Fortpflanzung angelegte sexuelle Lebensform zwischen Mann und Frau endlich eine stärkere staatliche Förderung und mehr Anerkennung durch die Gesellschaft erfahren als die weniger natürlichen Lebensformen.
Das Kindeswohl muß im Vordergrund stehen, nicht der Profit für die Wirtschaft durch mehr Krippenplätze! Macht Schluß mit dem kommunistischen Auslaufmodell der seelisch schädigenden Krippenerziehung! Wie für Kinder, die ihre Eltern daheim pflegen, fordern wir auch für *deutsche* Eltern, die ihre Kinder (z. B. in Betreuungsgemeinschaften) zu Hause erziehen, ein angemessenes Betreuungsgeld. Denn Familie ist nur dort, wo Kinder *und* Eltern sind.

Der politische Witz

Der Europaabgeordnete Siegbert Alber lehnte schon 1994 den europäischen Einheitsstaat ab, auch, weil „jahrtausende alte Unterschiede und verschiedene Reaktionsweisen“ dem entgegensprächen, was er scherzhaft untermauerte mit der Schilderung des Mannes, der seine Frau in flagranti mit einem Nebenbuhler ertappt:
„Der Italiener erschießt die Frau. Der Spanier den Nebenbuhler. Der Deutsche sich selber. Der Ire geht zum Kühlschrank und holt eine Flasche Whisky. Und der Engländer zieht sich diskret zurück, solange ihm der andere noch nicht vorgestellt worden ist.“

Ein Mann kommt in den Himmel. An einem Baum hängen lauter Glocken, die ständig fröhlich so vor sich hin bimmeln. „Petrus, wozu ist dieser Baum?“ „Das ist ein Lügenbaum. Jedes Mal, wenn auf der Erde ein Mensch lügt, erklingt ein Glöckchen.“ Plötzlich fällt mit lautem Getöse der ganze Baum um. „Petrus, was ist denn nun passiert?“ – „Tja, Bundestagssitzung!“

Wußten Sie schon? Neulich hat doch tatsächlich einer bei der SCHUFA angefragt, ob die Regierung kreditwürdig ist.

Spendendank

Allen Lesern der *Stimme der Freiheit*, die unsere Redaktion zu Weihnachten mit einer kleinen Zuwendung unterstützt haben, sagen wir herzlichen Dank, insbesondere, weil eine Ausgabe unserer kleinen Zeitung immerhin nahezu 300 Euro kostet.
Unser Spendenkonto: FBU Saar, Sparkasse Saarbrücken, Konto 29012655, BLZ: 59050101.

Bitte kommen Sie am 13.02.13 zu unserem „Politischen Aschermittwoch“,
dem Neujahrsempfang der Freien Bürger Union. Auch Gäste sind herzlich willkommen.

Impressum, Herausgeber: Freie Bürger Union (FBU), Landesverband Saar.
Heimseite, auch Bundesangelegenheiten: www.-saar-fbu.de,
V.i.S.d.P.: Reinhold Rupp, Chefredakteur, Mail-Adresse: reinholdo1@gmx.de,
Großstr. 3, 66740 Saarlouis, Telefon und Fax: 06831-3554
Anschrift: FBU LV Saar, Postfach 1499, PLZ 66714 Saarlouis
Erscheinungsweise: 4 Ausgaben im Jahr, quartalsmäßig, **Auflage:** 700
Bezugspreis: Im Mitgliedsbeitrag enthalten, sonst freiwillige Spenden.
Redaktionsschluß für die *Stimme der Freiheit* 2/13 ist der 15.04.2013

Der Staatssekretär vom Zeit-Geist-Ministerium warnt: Diese Zeitung gefährdet Ihre politische Korrektheit!